

Fußball und Identität: Wenn Anpfiff ist, stößt der deutsche Selbsthass an seine Grenzen

In einem Testspiel gestern Abend hat die deutsche Fußball-Nationalmannschaft die Schweiz mit 4:3 besiegt. Und während man sich in der ach so überkritischen Blase über Antonio Rüdiger aufregt, wofür es allen Grund gibt, erstaunt es selbst mich als Fußballfan, wie sehr die Vorfreude auf die WM im Sommer steigt. Wer sich auf Fußball, verbunden mit dem Singen der Nationalhymne und dem Schwenken schwarz-rot-goldener Fahnen freut, für den ist der Fall Rüdiger nur ein ärgerlicher, aber im Grunde belangloser Nebeneffekt.

Für die „Hater“, die jede Form von überschwänglichem Patriotismus anekelt, sind Fußball-Weltmeisterschaften und Public Viewing der absolute Horror.

Deutschlandfahnen an Autos und Hauswänden, selbst beim Brötchenholen morgens überall Jungs und Mädchen aller Altersgruppen im Deutschland-Trikot. Ganz ehrlich: Ich genieße das sehr. Und ich will, dass WIR gut spielen, kämpfen und gewinnen!

Fußball ist identitätsstiftend für uns Deutsche

Weil seit Jahrzehnten die ganze Welt die deutsche Art, Fußball zu spielen, oftmals hasst, aber gleichzeitig irgendwie auch bewundert. Es ist nicht immer schön anzusehen, es hat nicht immer diese Leichtigkeit, die man Südamerikanern nachsagt, aber wie oft hat die Welt zusehen müssen, wie gnadenlos effektiv Deutschland im Fußball sein kann, wenn es drauf ankommt und sich alle auf das Turnier konzentrieren und sich nicht von Regenbogen-Armbinden und ähnlichem Schwachsinn ablenken lassen.

Ausdauer, Zusammenhalt, Disziplin und Kampfgeist – das macht uns aus, jedenfalls nach der reinen Lehre. Und das nicht nur im Sport. Es gab Zeiten, da funktionierte unsere ganze Gesellschaft so: in der Wirtschaft, an den Schulen und in den Vereinen. Woran erkennt man, dass man in Deutschland ist? Das fragte mich mal ein schwedischer Kollege in einer Redaktion. Die Antwort: *Wenn man sieht, wie nachts um 4 Uhr einer in einem Bergdorf in Bayern an der Fußgängerampel steht und auf Grün wartet.*

Man lacht darüber als Ausländer und gleichzeitig denkt man: Warum sind die so?

+++Kompromisslos für Deutschland+++Bitte unterstützen Sie unsere publizistische Arbeit mit Ihrer Spende auf das Konto DE18 1005 0000 6015 8528 18 oder mit PayPal @Vers 1 Medien GmbH+++

In Zeiten politischer Polarisierung oder wirtschaftlicher Unsicherheit wirken große internationale Sportereignisse als großes Bindemittel. Und ich wünschte mir, es wäre auch außerhalb einzelner Ereignisse so.

Aber das darf man ja nicht, auch 81 Jahre danach noch nicht. Patriotismus soll „bäh“ bleiben, das wollen Linke, Grüne und Mainstreammedien für alle Zeiten zementieren. Bisher leider mit Erfolg. Am besten erkennt man das am 3. Oktober. Auch da sollten nach meiner Ansicht überall unsere Fahnen an den

Häusern hängen, aber irgendwie trauen sich die Meisten das wohl nur dann, wenn Sport ist.

Und was mich lange Zeit verstört hat, ist, dass sich selbst als Patrioten verstehende Bürger dem Selbsthass auf das eigene Land fügen – aber aus ganz anderen Gründen. Nicht wenige Rechte und Konservative wollen, dass Deutschland verliert. Weil Deutschland insgesamt eben eben nicht so ist, wie sie – und ich auch – es sich oft wünschen würden.

Aber ein freies Land ist deshalb ein freies Land, weil Menschen frei entscheiden können, wie sie ihr Leben gestalten wollen.

Ich komme damit klar, wenn Leute anders leben, als ich selbst es für richtig halte – solange sie mir nicht aufzwingen wollen, es so zu tun, wie nur sie es wollen. Aber dass sich Menschen, die in Deutschland leben, freuen, wenn Deutschland scheitert – das ist einfach krank.

In den kommenden Monaten, achten Sie bitte darauf, werden sich besonders in den rechten Milieus wieder viele Stimmen zu Wort melden, die inständig ihrer Hoffnung Ausdruck verleihen, dass Deutschland im Juni in der Vorrunde ausscheidet.

Und wenn Sie genau hinschauen: Das sind die gleichen Leute, die geradezu in fiebriger Erregung darauf warten und hoffen, dass uns das Öl oder Gas ausgeht und dass der Euro, am besten ganz Europa, zugrunde geht.

Wie oft ich jeden Tag irgendwo in den (a)sozialen Netzwerken vom kurz bevorstehenden Untergang lese, ist sagenhaft. Manchmal muss ich wirklich lachen. Denn Deutschland geht gar nicht unter. Und den Euro, der angeblich seit 2008 jedes Jahr – jetzt aber ganz sicher – abgeschafft wird, den gibt es auch in 30 Jahren noch.

Und – Antonio Rüdiger hin oder her – Deutschland ist weltweit eine große Nummer mit vier Weltmeister- und drei Europameistertiteln. Und das ist ja nicht alles. Basketball-Europameister wurde Deutschland im vergangenen Jahr. Im Februar gewannen unsere Handball-Männer die Vize-Europameisterschaft. Das ist alles gar nicht schlecht.

Freitags gehe ich manchmal zu einer Runde „alter weißer Männer“ (keiner jünger als 50) in eine Gaststätte hier im Ort, sage ich mal. Es ist Berlin, aber es ist am Stadtrand, also nicht im urbanen Irrsinn von Mitte, Prenzlauer Berg oder Neukölln.

Bevor der Kellner die Bestellung aufgenommen hatte, war unser Thema schon die Fußball-WM in den USA, Kanada und Mexiko im Sommer. Wichtigster Aspekt: Wo gucken wir hier zusammen die Spiele? Denn die Anstoßzeiten sind aufgrund der Zeitverschiebung für uns in Deutschland nicht so günstig. Aber wir gucken natürlich alle trotzdem.

Vorgestern hatte mich einer unserer Söhne angerufen, um mir zu erzählen, dass er darüber nachdenkt, sich für die WM eines der neuen Deutschland-Trikots zu kaufen, das ihm optisch sehr gefällt. Ich

antwortete, ich werde mein altes anziehen, aber wichtig wäre, wenn er zu einem der Spiele nach Berlin kommt und wir dann zusammen irgendwo mit ein paar Hundert anderen schauen. Wie plakatierte die AfD vor der vergangenen Bundestagswahl doch noch? *„Deutschland, aber normal!“* Genau das wünsche ich mir wieder: ein normales Deutschland!

Pfeift auf die „Brandmauer“! Bürgerliche und Rechte setzten im EU-Parlament schärfere Migrationsregeln durch

Endlich! Endlich hat sich die Mehrheit der Europaabgeordneten der bürgerlich-konservativen und der rechten Parteien aufgegriffen, das Richtige zu tun.

„Lass die Köter kläffen, die Karawane zieht weiter“, so ähnlich hätte sich Ex-Bundeskanzler Helmut Kohl (CDU) heute wohl zum Ergebnis in Brüssel geäußert. Die Mehrheit stimmte vorhin im Europaparlament für eine Rückführungsverordnung, die sogenannte „Abschiebezentren“ in Ländern außerhalb der EU erlaubt. Ursprünglich ein Gesetzentwurf der EVP-Fraktion, der auch CDU und CSU angehören.

Deren Fraktionschef Manfred Weber hatte bereits in einem Interview im vergangenen Dezember gesagt: *„Wir werden uns durch niemanden aufhalten lassen, um illegale Migration zu stoppen!“*

Als jüngst bekannt wurde, dass es im Europäischen Parlament „auf Referentenebene“ eine „Koordination“ des weiteren Vorgehens zwischen Mitarbeitern der Union und der AfD gegeben hatte, hyperventilierten sogleich das Konrad-Adenauer-Haus und das Kanzleramt.

Denn Bundeskanzler Friedrich Merz (CDU) lässt keine Gelegenheit aus, seine harte Ablehnung der AfD zu betonen und die „Brandmauer“ nach rechts immer höher zu ziehen.

Aber Fakt ist: Trotz des stürmischen Gegenwindes aus Berlin und einem Trommelfeuer der Mainstream-Medien verabredeten sich Vertreter der EVP – darunter neben der Union auch die österreichische ÖVP – über eine geheime Messenger-Gruppe und trafen sich mit Vertretern der AfD und Abgeordneten der anderen rechten Fraktionen.

Neben Abschiebezentren in Drittstaaten wurden vorhin auch härtere Strafen für abgelehnte Asylbewerber beschlossen, die sich weigern, die EU zu verlassen – von Einreiseverboten bis zur Inhaftierung.

In der emotionalen Debatte stellte EVP-Fraktionschef Manfred Weber noch einmal klar, dass die EU zwar grundsätzlich hilfsbereit sei, doch die Akzeptanz der Bevölkerung bleibe nur dann bestehen, wenn

Personen ohne Bleiberecht „konsequent zurückgewiesen werden“. Und Lena Düpont (innenpolitische Sprecherin der EVP) ergänzte: „Die aktuelle Durchsetzungsquote von Rückführungsentscheidungen ist schlichtweg inakzeptabel.“

Viele Bürger in den EU-Staaten dürften nun aufatmen, dass sich Brüssel endlich entschieden hat, konsequent einen Kurs einzuschlagen, der seit Jahren überfällig ist.

Dass Grüne und Rote, die Treiber der Massenmigration in Europa, „not amused“ sind, ist nachvollziehbar.

Birgit Sippel, innenpolitische Sprecherin der sozialistischen Fraktion, schimpfte, mit dem Gesetzentwurf würden abgelehnte Asylbewerber „de facto mit verurteilten Straftätern“ gleichgesetzt. Die EVP habe zudem mit der Zusammenarbeit mit der AfD einen „Tabubruch begangen“.

Und das ist richtig. Wir sollten auch in Deutschland damit beginnen, den Willen der Mehrheit der Wähler durchzusetzen, statt uns von politischen Minderheiten am Nasenring durch die Manege ziehen zu lassen.

Heute hui, morgen pfui: Wie Herr Bollinger drei Tage nach seinem Wahlerfolg abserviert wurde

Die AfD, wir sprechen gelegentlich darüber, ist eine etwas andere Partei als die anderen. Sie zeichnet sich besonders dadurch aus, dass ihre Anführer immer große Helden sind, alleine in der Lage – bitte ankreuzen – a) Deutschland b) Europa c) den Frieden oder d) wenigstens die eigene Partei zu retten.

Ich weiß das, weil mir einst, so um 2013, ein guter Freund versicherte, wenn Europa noch eine Chance habe, dann nur, weil Bernd Lucke uns alle rette. Nun, wir wissen, wie es endete. Und Frauke Petry und Jörg Meuthen erlebten das dann auch – heute super hui, morgen bäh und pfui.

Heute fügt die AfD in Rheinland-Pfalz ein weiteres Mosaiksteinchen zu dieser spannenden Geschichte hinzu.

Erinnern Sie sich noch an den fröhlichen und selbstbewussten Spitzenkandidaten für das Amt des Ministerpräsidenten? Jan Bollinger mit einem starken 19,5%-Ergebnis vor jubelnden Anhängern und Fernsehkameras mit hochgerissenen Armen?

Heute, gut zwei Tage später ist Bollinger von der neuen AfD-Landtagsfraktion gestürzt worden

Mit 18 gegen 6 Stimmen entschieden sich die neuen AfD-Abgeordneten für Michael Büge (60) gegen Bollinger als Fraktionsvorsitzenden und damit auch Oppositionsführer im Mainzer Landtag.

Bollinger scheint jetzt ein wenig missvergnügt zu sein, teilte aber vorhin mit, er werde „das Ergebnis als

Demokrat akzeptieren“ und wolle sich auch in Zukunft „konstruktiv in der Fraktion einbringen“. Allerdings habe er nicht erwartet, dass er als Spitzenkandidat nach diesem Wahlergebnis nicht wiedergewählt werde. Die Fraktion müsse das gegenüber den Mitgliedern und Wählern der AfD wohl erklären – ganz konstruktiv natürlich.

Ich habe Michal Büge vorhin zu seiner Wahl gratuliert, wir haben uns vor Jahren in Mainz kennengelernt. Büge war lange in der CDU, unter anderem Beigeordneter in Berlin-Neukölln und sogar zwei Jahre lang stellvertretender Bezirksbürgermeister dort. Danach von 2011 bis 2013 war er in Berlin Staatssekretär für Soziales und Amtschef in der Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales. Der Mann ist ein Profi und kein Sprücheklopfer. Sowas tut der AfD gut.

Sorgenfalten an der Südflanke: Sehr unangenehme Überraschungen für die CSU bei den Kommunalwahlen

Es ist ja nicht nur die bayerische Landeshauptstadt München, die belegt, dass sich im Freistaat gerade etwas Gravierendes verändert. Der Grüne Dominik Krause (38) gewinnt gegen den als unbesiegt geltenden Amtsinhaber Dieter Reiter (SPD). Er ist der erste Grüne, der in Münchens Geschichte Rathaus-Chef wird. Wenn am 19. September auf der Wies'n mit dem traditionellen Bieranstich mittags im Schottenhamel-Festzelt durch den Münchner Oberbürgermeister das Oktoberfest eröffnet wird, dann schwingt ein junger, offen homosexuell lebender, Grüner den Hammer und reicht den ersten Maßkrug an Ministerpräsident Markus Söder von der CSU weiter.

Na, das wird a Gaudi!

Denn Krause hatte 2023 das Oktoberfest in München noch als „weltweit größte offene Drogenszene“ bezeichnet.

Die Kommunalwahlen in Bayern, im Schatten der Landtagswahl in Rheinland-Pfalz, haben der aufs Regieren abonnierten volkstümlich-konservativen CSU eine ganze Reihe höchst unangenehmer Überraschungen beschert.

So holte etwa in Regensburg der SPD-Kandidat Thomas Burger einen Riesenrückstand auf und siegte bei der OB-Wahl gegen die CSU-Kandidatin Astrid Freudenstein deutlich mit 53,4 gegen 46,6 Prozent. In Augsburg gab es ebenfalls einen Machtwechsel. Dr. Florian Freund (SPD) siegte gegen die amtierende Oberbürgermeisterin Eva Weber (CSU) und wird im Mai die Amtsgeschäfte übernehmen. Auch Schweinfurt wird nach 30 Jahren CSU-Regentschaft zukünftig von der SPD regiert. Und von 71 Landratsposten gingen etwa ein Dutzend weg von der CSU an Kandidaten der Freien Wähler und auch der Grünen. So in Landsberg am Lech, wo sich die Grüne Daniela Groß in der Stichwahl mit sagenhaften 61,5 Prozent der Stimmen gegen den Amtsinhaber Thomas Eichinger (CSU) mit 38,5 Prozent durchsetzte.

Um zu verstehen, was hier gerade passiert: Der Landkreis Landsberg am Lech wurde seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs, also seit etwa 80 Jahren, ununterbrochen von der CSU regiert, die seit Herbst 1945 alle Landräte stellte. Und nun eine Grüne ...

Von den drei größten Städten Bayerns schaffte es lediglich der Nürnberger Oberbürgermeister Marcus König (CSU) wieder ins Amt - auch erst im zweiten Wahlgang.

Zwei Aspekte sind ebenfalls wichtig: Die Freien Wähler haben die Zahl ihrer Landräte von bisher 14 auf jetzt 28 verdoppelt. Und: Die AfD konnte zwar in Gemeinderäten und Kreistagen viele Mandate hinzugewinnen; es gelang ihr allerdings nicht, auch nur einen Bürgermeistersessel zu erobern.

Gründe für das Abschmelzen der Wählerschaft im Musterstaat Bayern gibt es viele. Manche sind lokal und nachvollziehbar, etwa das Kliniksterben in Landkreisen, das von vielen Bürgern direkt der CSU angekreidet wird.

Und viele Wähler nutzen Kommunalwahlen auch, um der Landesregierung und Söders CSU einen Denkkettel zu verpassen. Ein Freund aus dem CSU-Apparat erklärte mir mal, dass Bayern so eine hohe Lebensqualität habe, dass viele Deutsche aus anderen Bundesländern hierhergezogen seien, die natürlich über die Jahre das „Mia san Mia“-Gefühl in Bayern dämpfen und denen der Zugang zur bayerischen Kultur und den heimischen Traditionen fehle. Kann sein, sollen andere beurteilen.

Ganz sicher aber verliert die CSU ihre angestammte Rolle als die alleinige „Bayern-Partei“ durch den Aufstieg der Konkurrenten rechts von ihr, den Freien Wählern und der AfD.

Und dann zeigt sich gerade bei diesen Wahlen überdeutlich, was auch in anderen Bundesländern passiert ist: Die urbanen Zentren, große Städte mit Universitäten, wählen überdurchschnittlich grün, und auf dem Land, in den Kleinstädten - einst eine sichere Bank für die Christsozialen -, punkten jetzt rechte Konkurrenten, die die CSU nicht mehr als so bissig wahrnehmen, wie sie es einmal war.

Eine Herkulesaufgabe für Söder und die CSU, die stetig weiter ein kleines Stück zerrieben wird zwischen Grünen und der Konkurrenz von rechts. Das wird noch eine Weile irgendwie gutgehen, der Söder ist bekanntlich „a Hund“, aber man muss sich etwas einfallen lassen, um diesem beunruhigenden Trend an der Südflanke etwas Wirksames entgegenzusetzen ...

Zwei goldene Wochen für die CDU, starke Zugewinne für die AfD - leider versteht die nicht, was sie grundsätzlich falsch macht

Bei den politischen Journalisten in der Hauptstadt ist es am Wahltag so, dass sie ab dem frühen

Nachmittag regelmäßig Trendmeldungen der Demoskopien per *WhatsApp* bekommen.

Die erste heute erreichte mich exakt um 15:26 Uhr. Die *Forschungsgruppe Wahlen* (FGW) ermittelte für die Landtagswahl in Rheinland-Pfalz 29 bis 31 Prozent für die SPD und 28 bis 30 Prozent für die CDU. Eine Viertelstunde später erreichte mich der ARD-Trend: SPD 32 und CDU 30 Prozent. Alles deutete darauf hin, dass die Union auch in Rheinland-Pfalz ein ähnliches Desaster wie vor zwei Wochen in Baden-Württemberg erleben würde. Und in meinem Kopf schwirrte schon herum, wie ich das am späten Abend in Worte und diesen Artikel für meine Leser fassen könnte.

Aber wenn man diese Zahlen nachmittags erhält, dann muss man wissen, wie sie ermittelt werden

Denn die Meinungsforschungsinstitute suchen vorher Wahlkreise aus, die bei den Wahlen vor fünf Jahren am nächsten am später richtigen Ergebnis lagen. Dann gehen sie dorthin und befragen über den ganzen Tag insgesamt etwa 20.000 Wähler, die aus dem Wahllokal kommen und gerade auf dem Stimmzettel ihre Kreuze gesetzt haben. Manche antworten dann, andere nicht. Dann wird auch nicht nur gefragt, was sie gerade gewählt haben, sondern auch, was sie vier Jahre vorher angekreuzt hatten. Und noch ein paar andere Dinge. Das ist dann das Basismaterial für all die schönen Grafiken, die Sie abends zur Analyse in den Wahlstudios von ARD und ZDF präsentiert bekommen.

Man weiß aber auch, dass die Zahlen nachmittags um 14 oder 15 Uhr noch eine erhebliche Fehlertoleranz ausweisen

Allein schon dadurch, dass nur die Stimmen von Wählern gesammelt werden, die ins Wahllokal gehen. Die Briefwähler sind also unberücksichtigt. Und die Erfahrung der vergangenen Jahrzehnte zeigt, dass CDU, Grüne und FDP bei Briefwählern oft überdurchschnittlich gute Ergebnisse erzielen. Mehr als bei denen, die wie SPD- und AfD-Anhänger eher Wahllokale bevorzugen, um selbst dort abzustimmen.

Aus den Trendzahlen um 15 Uhr konnte sich nicht sicher ablesen lassen, wer um 18 Uhr die Nase vorn haben würde. Aber klar war, dass die Wahlbeteiligung steigt - wie sich später herausstellte - hauptsächlich, weil frühere Nichtwähler dieses Mal gewählt hatten, und zwar vorrangig die AfD.

Und sicher war danach auch, dass die FDP und die Freien Wähler, wahrscheinlich aber auch die Linke, die Fünf-Prozent-Hürde nicht schaffen würden.

Tatsächlich hatte dann um 17 Uhr die Forschungsgruppe Wahlen auch für ihre Befragungen vor Wahllokalen ihre Prognose zugunsten der CDU geändert. Und Sie alle wissen, dass es dann so gekommen ist.

Nach 35 Jahren wird die CDU in Rheinland-Pfalz wieder den Ministerpräsidenten stellen. Vor zwei Wochen haben sie dieses Ziel knapp verfehlt, und Cem Özdemir schaffte es kurz vor knapp noch, mit seinen Grünen auf Platz 1 zu springen. Aber: Die CDU kehrt im Ländle, einst wie Rheinland-Pfalz eine Hochburg der Union, nach 15 Jahren wieder „auf Augenhöhe“ in die Landesregierung zurück. Und was viele in Deutschland gar nicht so wahrgenommen haben: Auch in Brandenburg ist die CDU als

Juniorpartner wieder - ohne Landtagswahl, sondern durch Koalitions-Rochade - in der Landesregierung dabei.

Die vergangenen zwei Wochen waren für die CDU extrem erfolgreich

Und wäre die Performance der Bundesregierung unter Friedrich Merz nicht so grottig, stünde die Union als führende politische Kraft in Deutschland noch weitaus besser da.

Die ständigen Kassandrarufer vom bevorstehenden Untergang der CDU, die „das Schicksal der italienischen DC“ und den Sturz in die Bedeutungslosigkeit erleben werde, sind wirklich ein Stück weit absurd, wenn man sich in der politischen Wirklichkeit bewegt.

Die Union ist innerhalb von zwei Wochen in drei Landesregierungen eingezogen, in denen sie vorher nicht war. Posten werden verteilt, Geld wird verteilt, Strukturen werden ausgebaut. Die CDU ist putzmunter - und leider wird sie das zu weiterer Überheblichkeit verleiten, die vollkommen unangebracht ist, weil die Union einfach nicht strategisch und vor allem längerfristig denkt. Jetzt ist erst mal wieder satte Selbstzufriedenheit angesagt, statt grundsätzlich die Weichen zu stellen für die Zukunft.

Die AfD hat bei den beiden jüngsten Landtagswahlen bärenstark abgeschnitten

In Rheinland-Pfalz fast 20 Prozent (Stand soeben 19,9 %). Ein Fünftel der Deutschen und mehr wollen eine konservativere Politik - im Osten ebenso wie im Westen. Und das Dauergejammer von der bösen Ausgrenzung durch die „Altparteien“ ist ja auch nicht falsch, aber es zeigt auch nicht das ganze Bild. Die Bereitschaft der Union, der Funktionäre wie der Mitglieder, mit der AfD zu koalieren, ist nicht nur schlecht, sie wird immer schlechter.

Das haben die Zahlen gestern Abend in der ARD belegt. 71 Prozent der AfD-Wähler wünschen sich in Mainz eine Regierungsbildung zusammen mit der CDU. Aber 96 Prozent der CDU-Wähler lehnen genau das ab. Und das hängt auch damit zusammen, dass die AfD heute so ist, wie sie ist.

In der deutschen Nachkriegsgeschichte haben es zwei Parteien geschafft, sich aus eigener Kraft dauerhaft im Parteiensystem zu etablieren: die Grünen und die AfD. Die Grünen haben nach deren ersten Wahlerfolgen und chaotischen Parteitag begonnen, den Kampf zwischen „Realos“ und „Fundis“ final auszufechten. Als das durch war, bekamen die Grünen relativ schnell Zugang zum Politikbetrieb und sind bis heute Gesprächs- und Koalitionspartner überall. Mit der AfD wollen andere Parteien nicht einmal sprechen, geschweige denn kooperieren oder sogar koalieren.

Weil sie diesen Selbstreinigungsprozess bis heute nicht einmal begonnen haben. Weil man in der AfD offen vor einer „Melonisierung“ der Partei warnt, also vor dem erfolgreichen italienischen Modell, wo eine postfaschistische Partei erfolgreich Italien regiert und sogar in der EU-Kommission vertreten ist. Aber selbst viele der führenden Rechtsaußen-Parteien in Brüssel wollen mit der AfD möglichst nichts zu tun haben. Die Union wird nie im Leben mit Politikern vom Schlage Helferich, Höcke oder Moosdorf in irgendeiner Form zusammenarbeiten. Die Ablehnung gegenüber den Putin-Lautsprechern und EU-

Hassern ist in CDU und CSU so hoch wie noch nie zuvor.

Noch ein Wort zu den Kleinen: FDP und Freie Wähler (FW) sind gescheitert. Ich sehe im Moment nicht, wie sich die Freien Wähler - außer in Bayern - auf oberen Ebenen (Bund, Länder) erholen können. Das ist eine typische bürgerliche Kommunalpartei, überall verankert. Mehr leider nicht. Und über die FDP habe ich geschrieben, dass ich sie für erledigt halte, wenngleich ich das bedauere. Eine Partei, die nicht einmal mehr zwei Prozent der Wähler hinter sich versammle, habe „ein existenzielles Problem“, sagte Frau Strack-Zimmermann vorhin in einem Interview. Dem ist nichts hinzuzufügen.

SPD halbiert, AfD verdoppelt - Grüne und CDU regieren: Die Wahl im Südwesten im Überblick

Manchmal passiert ein Wunder. Ich habe es in den vergangenen 45 Jahren hin und wieder erlebt, dass man spät am Abend mit einem Wahlergebnis einschläft und dann am kommenden Morgen mit einem anderen Wahlergebnis aufwacht. Das passiert selten, aber es passiert.

Ich gebe zu, als ich gestern schlafen ging, erlebte ich einen kurzen Moment, in dem ich dachte: Vielleicht, ganz vielleicht, klappt es ja doch noch. Aber nicht verscheuchen ließ sich leider die Ratio. Drei Prozent Vorsprung - das kann nicht durch das abweichende Wahlverhalten der Briefwähler oder Nachzählen in Wahllokalen eingeholt werden. Das ist zu viel.

0,5 Prozent fehlten der CDU letztlich, um nach 15 Jahren wieder das Steuer der einstigen CDU-Hochburg im Südwesten übernehmen zu können.

Das ist bitter für die Union, aber hey: So ist Demokratie

Ich bin gespannt, ob Frau Wagenknechts Putin-Lobbyverein namens BSW, das gestern 1,4 Prozent der Stimmen errang, jetzt noch einmal nachzählen lassen wird. Und ganz ehrlich: Ich bin froh, dass die Sozialisten von BSW und Linke es nicht in den Landtag geschafft haben.

Bei den *Freien Demokraten* bin ich traurig. Sie waren immer drin im Stuttgarter Landtag, seit 1949. Und sie passen einfach zum Ländle, zu den Häuslebauern, denen man nachsagt, wie fleißig und bodenständig sie hier seien. Aber letztlich reichte es nicht, obwohl die Umfragen noch kurz vorher erfolgversprechend aussahen für die FDP. Aber um die Grünen und einen Ministerpräsidenten Özdemir zu verhindern, entschieden sich kurz vor der Wahl offenbar viele Liberale noch, die bei der vergangenen Wahl FDP gewählt hatten, dieses Mal doch für die CDU von Manuel Hagel zu stimmen. Und erstaunlich: Selbst von den Grünen flossen rund 100.000 Stimmen zur CDU, noch mehr aus dem Lager der Nichtwähler, etwa 135.000. Gleichzeitig verlor die CDU auch an die Grünen. Man wird langsam zu einer großem politischen

Familie...

Die einzige Partei, die aus allen Lagern Stimmen dazugewonnen hat, das war gestern Abend die AfD

Selbst von den Grünen gab es einen bescheidenen Zufluss, von SPD, FDP, CDU - die AfD sammelt Stimmen ein und verdoppelt sich gegenüber der Wahl vor fünf Jahren auf 18,8 Prozent. Ein deutliches Signal, dass die Unzufriedenheit mit den etablierten Parteien auch im Ländle wächst, wo die Sonne scheint, der Daimler schicke Autos baut und der Trollinger in Strömen fließt. Ich kann es heute noch nicht demografisch belegen, aber ich bin überzeugt, dass das Thema Nummer eins für das blaue Fünftel der Gesellschaft weiter die Migration und die Kriminalität sind. Wir werden es vielleicht noch erfahren.

Die SPD ist wieder drin - Halleluja!

5,5 Prozent verloren, 5,5 Prozent gehalten. Würde ich in Baden-Württemberg leben, mir fiel kein Grund ein, warum man die traditionsreiche einstige Arbeiterpartei heute noch wählen sollte. Wenn ich kurz nachdenke: Mir fällt überhaupt kein Grund ein, warum man noch diese SPD wählen sollte.

15 Parteien standen übrigens im Südwesten gestern auf dem Stimmzettel, die üblichen Verdächtigen: Freie Wähler, Tierschutzpartei, Volt und Bündnis C. Gut, die Freien Wähler haben noch respektabel fast zwei Prozent geschafft, aber warum treten all die anderen kleinen Parteien bei einer so engen Wahl überhaupt an, bei der ohne jeden Zweifel klar ist, dass sie viel Arbeit und Geld investieren, aber nicht den Hauch einer Chance beim Wahlvolk haben?

So wie die konservative WerteUnion (WU), die mit ihrem Spitzenkandidaten, dem ehemaligen AfD-Chef Jörg Meuthen, gerade einmal 0,2 Prozent einsammeln konnte? Als Hobby? Gut, andere spielen Golf oder bauen im Keller eine Carrera-Bahn auf - aber was soll das noch?

Der Berliner „*Tagesspiegel*“ ist heute Morgen in einer „Wahlanalyse“ zu dem Schluss gekommen: Die Grünen hätten jetzt alle Koalitionsmöglichkeiten in Baden-Württemberg. Da musste ich das erste Mal heute früh richtig lachen.

Denn die Grünen haben nur eine einzige: die CDU

Rechnerisch heißt ja nicht automatisch, dass etwas anderes wirklich machbar wäre. Weder die Grünen noch die CDU werden mit der AfD auch nur Gespräche über eine Zusammenarbeit führen. Als AfD-Spitzenkandidat Markus Frohnmaier gestern im Fernsehinterview mit Özdemir und Hagel dem CDU-Mann wieder den vergifteten Apfel reichte, man könne doch jetzt mal so richtig eine konservative Regierung bilden, antwortete Nagel nicht einmal auf das Angebot. Und ab heute wird die AfD wieder das Netz mit der Mär fluten, die böse, böse CDU wolle ja lieber die Grünen als eine vernünftige Politik. Und sie werden jeden kleinen Einwand entrüstet zurückweisen, dass das auch etwas mit dieser AfD und sogar Herrn Frohnmaier zu tun haben könnte, der sich in der Fernsehdebatte der Spitzenkandidaten gar nicht schlecht geschlagen hat.

Aber ein Spitzenpolitiker der AfD, der ankündigt, er werde demnächst als Ministerpräsident nach Moskau fliegen, um die Wirtschaftsbeziehungen zwischen Baden-Württemberg und dem Kreml mal wieder so richtig in Schwung zu bringen, der bewegt sich am Rande der Lächerlichkeit.

Bleiben wir also in der Realpolitik, und die ist trostlos genug.

In Baden-Württemberg wird es auch in den kommenden fünf Jahren keine signifikanten Schritte in Richtung eines Politikwechsels geben. Cem Özdemir wird nicht alles falsch machen, Vize Hagel im Beifahrersitz ist jetzt ein bundesweit bekanntes, frisches CDU-Gesicht, das seine Zukunft noch vor sich hat. Und „The Länd“ wird nicht untergehen. Die „Atomkraft? Nein danke!“-Aufkleber bleiben im Südwesten leider in vielen Haushalten am Kühlschrank.

P.S. Wenn Sie unsere publizistische Arbeit unterstützen möchten, bitte spenden Sie auf das Konto DE18 1005 0000 6015 8528 18 oder mit PayPal auf @Vers 1 Medien GmbH!

Martin Vincentz zum dritten Mal AfD-Chef in NRW: Aber die Angriffe von Rechtsaußen werden giftiger

Gerade im bevölkerungsreichsten Bundesland werde eine „handlungsfähige und schlagkräftige AfD“ gebraucht, beschwor Parteichefin Alice Weidel gestern in einem Grußwort die 500 Delegierten des AfD-Landesparteitags in Nordrhein-Westfalen. Der größte Landesverband müsse als „geeint und vertrauenswürdig“ wahrgenommen werden. Tja, leichter gesagt als getan, wie sich in Marl danach zeigte.

Denn der Landeschef der NRW-AfD, Martin Vincentz, ist das bürgerliche Gesicht der ständig von Verfassungsschutz, Medien und politischer Konkurrenz unter Rechtsextremismus-Verdacht geframten Partei. Landesvorsitzender im größten und mitgliederstärksten Landesverband, der mehr Mitglieder hat als die AfD-Landesverbände in Ostdeutschland zusammen.

Und so ist klar, dass Rhein und Ruhr für die Rechtsaußen der Gesamtpartei, die nicht politisch gestalten, sondern in ihrer Wagenburg Deutschlands System schwächen und instabil gestalten wollen, so etwas wie ein „Battlefield Ground“ ist, ein entscheidendes Schlachtfeld.

Denn Martin Vincentz ist das Gegenmodell zu rechten Schreihälsen in Provinzregionen und den völkisch motivierten Vordenkern in Schnellroda. Er ist der lebende Beweis, wie die AfD anschlussfähig werden könnte an die politische Mitte der Gesellschaft – 38 Jahre jung, ein Familienvater, Allgemeinmediziner, römisch-katholisch vom Niederrhein. Einer, der auch ohne politische Ämter bestens klarkommt und der

keine Verwandten fürs Familieneinkommen irgendwo unterbringen muss. Ein Patriot, sympathisch und erfolgreich mit seinem Landesverband.

Aber die AfD ist anders als andere Parteien

Denn gerade deshalb hassen ihn viele in der AfD, organisieren rechte Netzwerke, promoten Gegenkandidaten. Weil sie nicht wollen, dass ein bürgerlich-konservativer Spitzenmann zum prägenden Gesicht der AfD wird.

Gestern hat er sich noch einmal durchgesetzt, wurde mit 54,7 Prozent der Delegiertenstimmen wiedergewählt.

Sein Gegenkandidat, der Bundestagsabgeordnete Fabian Jacobi, kam auf starke 43,4 Prozent.

Zuvor hatte es einen harten Schlagabtausch mit Vincentz-Gegnern und -Unterstützern auf offener Bühne gegeben mit Vorwürfen („Lügner“, „Intrigant“), lauten Buhrufen und Pfiffen für den Chef, der allerdings auch bei seiner Rede immer wieder lautstark gefeiert wurde.

Dabei warb er für einen moderaten Kurs seiner Partei und kritisierte besonders die neu gegründete Nachwuchsorganisation Generation Deutschland (GD). „Die Menschen in NRW wollen nicht irgendwelche Verrückten von rechts“, rief er in den Saal. Das Pendel der AfD dürfe nicht auf die rechte Seite umschwenken. Auch für diese Aussage starker Beifall und gleichzeitig viele Buhrufe.

Vincentz legte vor den Delegierten eine Erfolgsbilanz vor, verwies darauf, dass die AfD unter seiner Führung ihr Ergebnis bei der Kommunalwahl auf 14,5 Prozent fast verdreifacht habe. Die AfD stehe kurz davor, in NRW 14.000 Mitglieder zu haben. „Wir brauchen keine AfD, die sich gegenseitig bekämpft, sondern die sich gegenseitig hilft und zusammensteht“, bekräftigte er.

Der Bundestagsabgeordnete Matthias Helferich, rechter Flügelmann und Strippenzieher gegen Vincentz in Nordrhein-Westfalen, der in erster Instanz aus der Landespartei ausgeschlossen wurde, durfte übrigens in Marl nicht in den Saal.

Vincentz hat gewonnen, aber mit einem schlechteren Ergebnis als vor zwei Jahren. Und die bisher komfortable Mehrheit im Landesvorstand ist auch Vergangenheit. AfD-Insider sprechen jetzt von im Idealfall 7:5 sicheren Stimmen für den wiedergewählten Chef. Gemütlicher wird es für ihn nicht.

„Deutschlandtrend“ von Infratest dimap: Union jetzt 5

Prozent vor der AfD

CDU/CSU erholen sich leicht, AfD schwächt sich leicht ab. Keine tektonischen Verschiebungen, aber beim Blick auf die vergangenen Wochen leicht zu analysieren.

Wenn am Sonntag Bundestagswahl wäre, kämen CDU/CSU auf 28 Prozent, wie der neue ARD-„Deutschlandtrend“ von Infratest dimap ergab. Das sind zwei Prozentpunkte mehr als Anfang Februar. Die von einer Vetternwirtschaftsaffäre gebeutelte AfD büßt derweil einen Punkt ein und erreicht jetzt 23 Prozent. Der Abstand zwischen Union und AfD wächst somit von 2 auf 5 Prozentpunkte an und ist so hoch wie zuletzt im Sommer vergangenen Jahres.

Die SPD verschlechtert sich danach um einen Punkt und würde nun von 14 Prozent gewählt. Die Grünen legen einen Punkt auf 13 Prozent zu. Die Linke verliert einen Punkt auf 9 Prozent. Alle übrigen Parteien bleiben unterhalb der Fünfprozenthürde. Rechnerisch möglich wäre damit in erster Linie eine Dreier-Koalition aus Union, SPD und Grünen.

Unermüdlich für Deutschland unterwegs

Der parlamentarische Geschäftsführer der AfD-Landtagsfraktion in Sachsen-Anhalt, Tobias Rausch, setzt sich für Deutschland ein wie kein Zweiter.

Drei Geschwister von ihm arbeiten für die AfD-Bundestagsabgeordnete Claudia Weiß. Ein Schwager von ihm arbeitet beim AfD-Bundestagsabgeordneten Thomas Korell. Tobias Rauschs Ehefrau ist bei der AfD-Landtagsfraktion angestellt.

Zehn (!) weitere prominente AfD-Politiker aus Sachsen-Anhalt beschäftigen Verwandte eines anderen AfD-Parteifreundes oder ihre eigenen Verwandten. Das haben MDR und ZDF zusammengetragen.

Der Vater des AfD-Spitzenkandidaten Ulrich Siegmund arbeitet, wie schon bekannt, im Wahlkreisbüro eines AfD-Bundestagsabgeordneten aus Sachsen-Anhalt und kassiert dafür 7.725 Euro monatlich.

Tobias Rausch, so fand „Table.Media“ heraus, nimmt gern seine Ehefrau auf Delegationsreisen mit, auch wenn nicht erkennbar ist, warum. Frau Rausch arbeitet für die AfD-Landtagsfraktion. Fotos zeigen das Ehepaar Rausch bei einer Reise des Europaausschusses in Armenien – ein Selfie von beiden vor der Nationalversammlung in Jerewan.

Im Dezember 2025 hat Rausch den Recherchen zufolge seine Gemahlin auch zu einer neuntägigen Delegationsreise der AfD nach New York und Washington, D.C. mitgenommen. Ist echt schön da. Zwei Monate zuvor hatten die beiden geheiratet, in der AfD-Landtagsfraktion spotteten einige zum Jahresende, das seien wohl die ‚Flitterwochen‘ des Paares.

Schön zu wissen, dass es wenigstens eine Partei in Deutschland gibt, die so ganz anders ist als die

„Systemparteien“ ...

Vetternwirtschaft? Korruption? Also Herr Kelle, das kann man doch gar nicht vergleichen...

Ich weiß jetzt schon, wie die Diskussion hier nach diesem kleinen Exkurs verlaufen wird. Ist ja nicht zum ersten Mal...

Wenn es Verfehlungen bei Merz und der CDU, bei den Grünen und Frau Bas gibt, dann gilt: immer fest druff. Und ganz ehrlich: Das ist auch gut so.

Leider werden hier oft, auch bei anderen Themen, völlig untrschidliche Maßstäbe an Moral und Ehrlichkeit angelegt.

Das sehen Sie dann bei unserem Lieblingsthema

Präsident Selenskyj und die Ukraine sind angeblich so korrupt, dass sie es nicht wert sind, mit dem schönen deutschen Geld unterstützt zu werden. „Lasst die Leute doch verrecken, sie könnten sich ja auch unterwerfen“, schallt es mir dann – ein bisschen schöner formuliert – entgegen. Und der Bundeskanzler – ganz schlimm. Wenn man dann die ausufernde Korruption in Putins Russland vorbringt, dann..., ja, ist das irgendwie ganz etwas anderes.

Haben sich nicht auch CDU-Abgeordnete einst mit Geld aus Aserbaidtschan korrumpieren lassen?

Und wie war das mit den Masken-Deals von Jens Spahn oder der kleinen Nebentätigkeit von Philipp Amthor, der ein bisschen als Lobbyist für ein amerikanisches Start-up-Unternehmen dazuverdient hat? 2.800 Aktienoptionen im Wert von 250.000 US-Dollar gab es dafür, Luxusreisen und Aufenthalte in Nobelhotels obendrauf. Alles aufgefliegen, viel öffentlicher Wirbel und Imageschaden. Wie gesagt: gut so! Doch jetzt wurde die AfD beim Schmutzeln erwischt, und das ausgerechnet in Sachsen-Anhalt, wo Spitzenkandidat Ulrich Siegmund im September gerne Ministerpräsident werden möchte und mit knapp 40 Prozent in den Umfragen auch realistische Chancen hat.

Aber jetzt kam raus – nicht durch die böse, böse Mainstreampresse oder das „System“ und das „Parteienkartell“, sondern durch liebe Parteifreunde –, dass man da bei der AfD, die gern als „Partei der kleinen Leute“ in Ostdeutschland auftritt, das System der sogenannten „Über-Kreuz-Anstellungen“ kultivierte.

Weil es gesetzlich verboten ist, dass Abgeordnete eigene Verwandte einstellen, parkt man die Familie bei Kollegen. Und Ulrich Siegmund, den ich als Wahlkämpfer smart, sympathisch und angriffslustig finde, hat – so erzählt man sich in Magdeburg – seinen Vater beim Bundestagsabgeordneten Tobias Korell untergebracht – angeblich mit einem monatlichen Gehalt von bis zu 7.725 Euro. Auch Tobias Rausch, parlamentarischer Geschäftsführer der Landtagsfraktion in Sachsen-Anhalt, soll gleich drei seiner Geschwister bei der Abgeordneten Claudia Weiss untergebracht haben. Ist das nicht schön?

Als Inhaber einer Immobilien- und Plakatierungsfirma (Rausch Immobilien Service GmbH) habe er im Bundestagswahlkampf 2025 über 40.000 Euro an Aufträgen von einem Einzelbewerber (Robert Farle) angenommen, der gegen den offiziellen AfD-Kandidaten im selben Wahlkreis antrat. Rausch wird auch

vorgeworfen, seine Partnerin – ebenfalls bei der AfD angestellt – auf Delegationsreisen (Jerewan, New York und Washington) auf Kosten der Fraktion bzw. der Steuerzahler mitgenommen zu haben.

Halten Sie mich bitte nicht für schadenfroh!

Das bin ich nicht, und es ist mir im Grunde egal, wie die Wahl ausgeht. Sollen die Wähler in ihrer einzigartigen Weisheit entscheiden, was sie wollen.

Aber was nicht geht ist, dass Politiker der einen Partei verteufelt werden und Politiker der anderen Partei heiliggesprochen, weil sie... ja, weil sie in dieser und nicht in der anderen Partei sind. Und schon gar nicht, wenn man sich selbst das Saubermann-Image anhängt, ganz anders zu sein als das „Altparteien-Kartell“. Denn sie sind nicht anders. Sie sind Politiker, die, wenn sie an den Töpfen sitzen, genauso handeln wie die, die da schon länger Platz genommen haben.

Kleine Anmerkung noch am Abend: AfD-Bundessprecher Tino Chrupalla hat ein feines Gespür für die Stimmung an seiner Parteibasis.

Und er hat natürlich das Grummeln aus Schnellroda (Kubitschek) und Erfurt (Höcke) über die aktuellen Vorgänge mitbekommen. Chrupalla sprach danach von einem „Störgefühl“. Die Verträge seien rechtskräftig und nicht zu beanstanden. Doch: „Ein Geschmäcke hat's.“

Ja, hat es wohl. Tino Chrupalla beschäftigt übrigens in seinem Wahlkreisbüro die Ehefrau eines anderen AfD-Politikers...
